

„Wenn das so weitergeht und die deutsche Schule so überschwemmt wird, dann ist sie in Gefahr. Man muss den Eltern garantieren, dass ihr Kind in der Schule gut aufgehoben ist, und dies ist bei solchen Zahlen wie in Bozen arg infrage gestellt.“

Dieter Steger, SVP-Obmann

„Weitere Ohrfeige für Südtirol“

BOZEN. „Die Ablehnung der Einführung von Sprachförderklassen ist nicht nur eine verpasste Gelegenheit, sondern eine schallende Ohrfeige für die Bedürfnisse der Kinder und die Zukunft unseres Landes“, schreibt der Freiheitlichen-Obmann Roland Stauder in einer Aussenung. Die „untragbare Sprachsituation“ sei seit Jahren bekannt, „doch die Verantwortlichen sitzen ihre Pflichten weiter aus“. Die Politik müsse endlich aufwachen und den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen gerecht werden. Doch stattdessen fehle jeglicher ernsthaftige Wille, endlich die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

„Ein Rückschritt um 45 Jahre!“

BOZEN. Die „Aktiven Eltern von Menschen mit Behinderung“ (AEB) reagieren mit Sorge und Entsetzen auf die nun gestoppte „Sonderklasse“ an der Goetheschule. Seit 45 Jahren kämpfte man für Integration und Inklusion, stattdessen denke man in den Schulen nun über „Segregation oder noch schlimmer Selektion“ nach. „Haben wir umsonst gekämpft und sind unsere Kinder die nächsten?“, fragt sich die Vizevorsitzende Irmhild Beelen. „Sind UN-Kinderrechte und die Rechte von Menschen mit Behinderungen das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind?“ Beelen ist überzeugt, dass die Lösung des Sprachproblems stattdessen über „genügend Personal, kleine Klassen sowie pädagogische und psychologische Unterstützung“ geht.

Minderheitenschule braucht Schutz

INTERVIEW: Rechtsexperte Prof. Peter Hilpold über die besondere Situation der deutschen Schule in Südtirol und mangelnde Autonomie

INNSBRUCK (ih). „Wenn die bestehenden Schutzvorkehrungen an neue Bedürfnisse angepasst werden, so ist das keine Diskriminierung, sondern das Gegenteil davon“, sagt Rechtsexperte Prof. Peter Hilpold von der Uni Innsbruck zur aktuellen Diskussion zu Sprachförderklassen.

„Dolomiten“: Sie haben sich in einer Reihe von Publikationen mit dem Thema der Minderheitenschule beschäftigt. Worin unterscheidet sie sich vom traditionellen Schultyp?

Prof. Peter Hilpold: Es gibt verschiedenste Formen der Minderheitenschule. In Bezug auf Südtirol hat man sich für das „einsprachige“ Schulmodell entschieden, mit der Zweitsprache als Unterrichtsgegenstand. Dies geschah auch in Hinblick auf die Bedeutung der deutschen Sprache in Europa. Eine qualitativ hochstehende deutsche Schule hat den Schulabgängern den Zugang zur deutschsprachigen Universitätswelt eröffnet und Berufschancen weit über Südtirol hinaus.

„D“: Dieses Modell ist nun in Gefahr oder gar obsolet?

Prof. Hilpold: Das Autonomiestatut aus 1972 konnte die schulischen Herausforderungen, die insbesondere mit der massiven Zuwanderung verbunden sind, nicht vorhersehen. Das Südtiroler Schulsystem bleibt eingebunden in das gesamtstaatliche Schulsystem. Und auch die internationalen Vorgaben, insbesondere, was die „Sonderklassen“ anbelangt, haben eine Situation wie jene in Südtirol nicht im Auge.

„D“: Das heißt, es bräuchte mehr Autonomie im Schulbereich und mehr Aufklärung über die besondere Rolle der Südtiroler Schule?

Prof. Hilpold: Richtig. Gerade bei solch heiklen Fragen ist der Handlungsspielraum der Südtiroler Landesregierung begrenzt. Hinzu kommt, dass unzumutbare Situationen, wie sie sich etwa in Bozen ergeben haben, auch internationalrechtlich auf den ersten Blick kaum wirksame Abhilfe zulassen.

„D“: Weil u.a. die Einrichtung von Sonderklassen abgelehnt wird?

Prof. Hilpold: Ja, Sonderklassen sind grundsätzlich aus der Perspektive des europäischen Menschenrechtsschutzes verpönt. Insbesondere deshalb, weil in einigen Ländern diese Sonderklassen dazu verwendet worden sind, auszugrenzen und zu diskriminieren. In Südtirol, konkret an der Goethe-Schule, war die Intention aber eine völlig andere, nur ist das schwer zu vermitteln, und ein rigide ausgelegter Rechtsrahmen nimmt dann jeden Handlungsspielraum. Was völlig unter den Tisch fällt, ist das Recht auf Bildung der deutschsprachigen Kinder, die in diese Klassen gesetzt werden sollen, um pro forma ein ausgeglichenes Bild zu schaffen.

„D“: Aber gegen das Modell Goethe-Schule laufen auch Italiener und Eltern von Kindern mit Beeinträchtigung Sturm...

Prof. Hilpold: Die deutsche Schule war für Kinder aus italienischsprachigen Familien aus verschiedensten Gründen stets sehr attraktiv. Und die deutsche Schu-



Prof. Peter Hilpold

le ist den entsprechenden Wünschen auch stets sehr weit entgegengekommen und hat z.B. die vom Autonomierecht vorgesehenen Möglichkeiten zur Einschränkung des Elternrechts nicht angewandt. Die Zuwanderung hat nun aber eine Situation geschaffen, in der diese Grundfragen wieder akut werden. Meines Erachtens muss in diesem Bereich auf jeden Fall eine gewisse Flexibilität gewahrt bleiben. Die deutsche Schule hat gezeigt, dass sie sich in dieser Hinsicht öffnen kann. Was Kinder mit Beeinträchtigung anbelangt, muss die Integration vollumfänglich gewahrt bleiben. Aber diese Kinder in irgendeiner Form auszuschließen, war auch, soweit ersichtlich, überhaupt nicht die Intention.

„D“: Wie auch immer, die deutsche Schule gerät unter Druck. Welche Herausforderungen schaffen hier die gesetzlichen Vorgaben der Inklusion?

Prof. Hilpold: Inklusion ist ein Anliegen der Schule europaweit. Allerdings sind die Instrumente, die dabei zur Anwendung kommen, sehr unterschiedlich. Das italienische Modell der Inklusion ist nicht ohne weiteres mit dem österreichischen zu vergleichen. Inklusion in Minderheitengebieten schafft nochmals neue Herausforderungen.

„D“: Und mit mehr Autonomie?

Prof. Hilpold: Ich glaube, dass der Ausbau der Autonomie im Schulbereich absolute Priorität haben sollte. Hier wäre an eine neue Schwerpunktsetzung in den Verhandlungen mit Rom zu denken. Ziel sollte es sein, das Südtiroler Schulmodell, das sich

ja bewährt hat, „migrationsfit“ zu machen. Dabei wäre dem friedlichen Zusammenleben der Sprachgruppen in Südtirol, dem Recht auf Integration der Zuwanderer, aber auch – und das wird oft vergessen – dem Recht der Schüler aus traditionell ansässigen Familien Rechnung zu tragen, eine Ausbildung zu erhalten, mit welcher sie sich lokal, gesamtstaatlich und international in Zukunft behaupten können. Mehr Autonomie würde bedeuten, dass sich Südtirol auch stärker am österreichischen Modell orientieren könnte. Was auf unserer Tagung im letzten Herbst aber auch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden ist: Auch die Entlohnung der Lehrer muss sich erheblich verbessern. Das muss nicht das deutsche Niveau sein, aber das österreichische wäre – bei vergleichbaren Lebenshaltungskosten – ein gutes Referenzmodell. Eine gute funktionierende Schule setzt auf Dauer auch ordentlich bezahlte Lehrpersonen voraus.

„D“: Diesbezügliche Reformen werden aber auf politische Widerstände stoßen?

Prof. Hilpold: Gerade aus diesem Grunde ist es wichtig, die aufgetretenen Probleme offen zu diskutieren. Aber auch gesamtstaatlich und international müssen die Anliegen und Bedürfnisse der Südtiroler Schule stärker thematisiert werden. Es gibt hier ein echtes Schutzanliegen, das auch völkerrechtlich abgesichert ist. Wenn die bestehenden Schutzvorkehrungen an neue Bedürfnisse angepasst werden, so ist das keine Diskriminierung, sondern das Gegenteil davon.

© Alle Rechte vorbehalten

2 FRAGEN AN ...

Stadträtin Johanna Ramoser



„Dolomiten“: Die Sonderklasse an der Goethe-Schule wurde gestoppt: Ihr Fazit?

Johanna Ramoser: Es ist eine vertane Chance. Ich finde, dass die Direktorin hier gute Arbeit geleistet hat.

„D“: Besteht also Ihrer Meinung nach weiterhin Handlungsbedarf?

Ramoser: Auf jeden Fall. Es ist sehr schade, dass man diese Lösung nicht versucht hat. Die Direktorin hat das ja durchdacht, das hatte Hand und Fuß. Der Vorschlag der Direktorin war konkret und ausgewogen. Einen praktikablen Lösungsvorschlag des Schulamtes sehe ich zurzeit nicht. Minderheitenschutz sieht anders aus. Man sollte sich auch andere Situationen anschauen, wo sich ebenfalls Sprachminderheiten befinden. Ich möchte das Recht der deutschsprachigen Kinder auf qualitativ hochwertigen Unterricht noch einmal unterstreichen. (hof)/©

„Gut gemeint – schlecht getroffen“

GOETHE-SCHULE: Erste Klassen bereits durchmischt – Falkensteiner: Keine Vorteile durch homogene Klasse

BOZEN (hof). „Gut gemeint, aber schlecht getroffen“: So charakterisierte Landesschuldirektorin Sigrun Falkensteiner gestern die „Sonderklasse“ in der Goethe-Schule: Die Sonderklasse gibt es inzwischen bereits nicht mehr, stattdessen wurden 2 erste Klassen durchmischt mit Schülern, die ungenügende, genügende, gute oder sehr gute Deutschkenntnisse aufweisen. Eine Sonderklasse würde nicht nur den geltenden Bestimmungen widersprechen, weil sie nicht ausgewogen zusammengesetzt ist, meinte Falkensteiner. „Die Wissenschaft sagt eindeutig, dass solche segregierende Klassen weder für das Sprachenlernen der Kinder einen Vorteil bringen noch für die soziale Integration der Kinder.“

Laut Falkensteiner würde eine „sprachhomogene“ Klasse ohne ausländische Kinder keine Vor-

teile für diese Klasse bringen. Eine Sonderklasse mit Kindern ohne ausreichende Deutschkenntnisse wäre zudem „eine drastische Maßnahme“ für Zahlen, die nicht unbedingt dafür sprechen: „Wir haben insgesamt 9 Prozent an Schülern mit Migrationshintergrund an unseren Schulen“, rechnete die Landesschuldirektorin vor. Lernstandserhebungen würden belegen, dass die deutschsprachigen Kinder an den Bozner Schulen – wie auch an der Goethe-Schule – keine schwächeren Leistungen bringen als deutschsprachige Kinder in anderen Schulen.

Laut Andrea Abel, Professorin für germanistische Sprachwissenschaft an der Uni Bozen, gibt es bei unterschiedlichen Modellen von „separater Beschulung“ wie Deutschförderklassen, Sonderklassen oder Willkommens-

klassen „keine wissenschaftliche Evidenz dafür, dass diese Klassen ein erfolgreiches Modell darstellen“. Zudem würden solche „schwierigen Klassen“ oft Gefahr laufen, mit geringer qualifiziertem Personal ausgestattet zu werden. Kritiker der Klasseneinteilung in Bozen führen ins Feld, dass inzwischen viele Eltern mit Wohnort in Bozen ihre Schüler in eine deutschsprachige Schule einer Nachbargemeinde schicken. 78 Schüler, die in Bozen wohnen, besuchen eine deutschsprachige Schule in einer Nachbargemeinde, berichtete die Landesschuldirektorin. Aber noch mehr Eltern mit Wohnort in einer Nachbargemeinde lassen ihre Kinder in Bozen zur Schule gehen – insgesamt 92, sagte Falkensteiner.

Landesrat Philipp Achammer steht zu 100 Prozent hinter der Dienstanweisung von Landes-

schuldirektorin Falkensteiner an die Direktorin der Goethe-Schule, Christina Holzer. Sowohl Achammer als auch Falkensteiner betonten, dass in der Goethe-Schule in den ersten Klassen nun keineswegs eine kleine Zahl von deutschsprachigen Kindern einer großen Zahl von nicht deutschsprachigen Kindern gegenüberstehe. Das Verhältnis sei ausgewogen – etwa Hälfte, Hälfte. Laut Bildungsdirektor Gustav Tschennet werden heuer 17 bzw. 20 Schüler die beiden durchmischten Klassen der Goethe-Schule besuchen, die Klasse mit der Reformpädagogik würde hingegen 19 Schüler zählen. Bei der Klasse mit der Reformpädagogik habe sich bei der Zusammensetzung nichts geändert – diese bleibe so wie sie ist. Die beiden anderen Klassen seien neu aufgeteilt worden.

© Alle Rechte vorbehalten

2 FRAGEN AN ...

SVP-Obmann Dieter Steger



„Dolomiten“: Nun sind die ersten Klassen an der Goethe-Schule durchmischt worden. Was werden Sie jetzt unternehmen?

Dieter Steger: Die Bevölkerung erwartet sich Lösungen von der Politik. Deshalb sind wir massiv gefordert. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Schüler hochwertig ausgebildet werden. Es muss neue und innovative Wege geben. Der Vorschlag der Direktorin der Goethe-Schule war sehr ausgewogen und ging in diese Richtung. Schule ist ein Kernthema der Partei, wir werden Anhörungen machen und Arbeitsgruppen schaffen. Die Parteigremien werden befasst. Eine Minderheit überlebt nur, wenn die Sprache garantiert ist.

„D“: An welche innovativen Wege denken Sie?

Steger: Diese Wege sind auszuloten. Vielleicht muss man auch neue rechtliche Voraussetzungen schaffen. (hof)



Nein zu separater Beschulung (im Bild von links): Gustav Tschennet, Sigrun Falkensteiner und Univ.-Prof. Andrea Abel